

An den Vorsitzenden des Hauptausschusses
Herrn Uwe Witaszak

An die Stadtpräsidentin
Frau Wiebke Zweig

Bad Schwartau, den 22.02.2026

Sitzung des Ausschusses am 09.03.2026

Sitzung der Stadtverordnetenversammlung am 23.03.2026

Einführung eines Berichtswesens zur Umsetzung von Beschlüssen

Sehr geehrter Herr Witaszak,
sehr geehrte Frau Zweig,

wir beantragen/unsere Fraktionen beantragen:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, in den kommenden Sitzungen der politischen Gremien stets über den Sachstand der zuvor getroffenen Entscheidungen zu berichten. Der Bericht soll durch eine übersichtliche Tabelle erfolgen. Sofern ein Beschluss nicht zur jeweiligen Folgesitzung des entsprechenden Gremiums abgeschlossen werden konnte, bleibt dieser auf der Tabellenübersicht fortlaufend erhalten, bis der jeweilige Beschluss umgesetzt worden ist.
2. Damit wird ein fortlaufender Tagesordnungspunkt in allen Beschlussgremien aufgenommen: "Umsetzungsstand von Beschlüssen". Dieser dient zur Bereitstellung der Tabelle und möglichen Nachfragen. Eine gesonderte Einführung in den Tagesordnungspunkt ist nicht zwingend notwendig.
3. Nach einem halben Jahr soll geprüft werden, ob eine Verankerung in der Geschäftsordnung notwendig ist.

Begründung:

Derzeit bestehen für Selbstverwaltung und Öffentlichkeit nur eingeschränkte Möglichkeiten, den Fortschritt politischer Beschlüsse nachzuvollziehen. Informationen zum Bearbeitungsstand müssen häufig gezielt abgefragt werden, was den Überblick erschwert.

Zudem fehlt eine transparente Darstellung der Verwaltungslasten, die aus noch offenen Beschlüssen resultieren. Dies kann dazu führen, dass identische oder ähnliche Sachverhalte erneut entschieden werden, ohne dass der aktuelle Bearbeitungsstand bekannt ist.

Der Bearbeitungsstand ist dabei aktuell zu halten, aber lediglich in Kürze darzustellen. Im Ergebnis soll durch den Beschluss ein fortlaufendes Berichtswesen in allen Ausschüssen entstehen. Eine knappe Darstellung ist jeweils ausreichend, um keinen übermäßigen Personalaufwand zu verursachen, bei detaillierteren Informationsbedarf sind weiterhin Nachfragen durch die Gremienmitglieder möglich.

Das angedachte Berichtswesen ist nicht neu. Im Ausschuss für Soziales und Bildung wird bereits seit vielen Jahren regelhaft über die Ausführung von Beschlüssen berichtet. Daneben hat die Verwaltung in der Sitzung der Stadtverordnetenversammlung vom 03.07.2024 (dortiger Ö 6) ein solches Berichtswesen erstmalig und leider letztmalig in der Sitzung vom 27.11.2024 aus eigenem Antrieb umgesetzt. Warum dieses lohnenswerte Berichtswesen eingestellt worden ist, entzieht sich der Kenntnis der Selbstverwaltung.

Gerade in Zeiten wachsender Aufgaben und großer Projekte ist es zwingend, „am Ball zu bleiben“ und die Umsetzung politischer Entscheidungen nicht aus den Augen zu verlieren. Ein verbindliches, barrierearmes und dialogorientiertes Berichtswesen stärkt Transparenz, Kontrolle und Vertrauen – innerhalb der Gremien wie auch gegenüber der Öffentlichkeit.

Ergänzend zum Modul „Realisierungen“ in der Allris-Applikation ist eine barrierearme Darstellung in den Gremien sinnvoll, um Austausch und Rückfragen zu ermöglichen.

Nach der Einführungsphase sollte geprüft werden, ob eine Verankerung in der Geschäftsordnung – zum Beispiel in § 13 (Tagesordnung) oder § 15 (Berichtswesen) – angezeigt ist.

Finanzielle Auswirkungen:

Der zeitliche Aufwand ist im laufenden Betrieb realisierbar.

Klaus Cedric Pietsch
CDU-Fraktion

Wolf-Rüdiger Traß
WBS-Fraktion

Daniel Böttcher
SPD-Fraktion

Folkert Jeske
Bündnis90/Die Grünen-Fraktion

Dr. Thomas Podella
Stadtverordneter
(WiBS 2023)